

LEITARTIKEL



von
Reinhard
Göweil

Bedrohte Freiheit

Der russische Präsident vergleicht gerne Einschränkungen der Freiheit in Russland mit vergleichbaren Maßnahmen im Westen. Damit will er zwar bloß seinen überaus gefährlichen Expansionsdrang übertünchen, in der Sache hat Putin aber nicht unrecht.

Es ist gut und schön, die Regime-Treue der russischen Medien und die Zensur von Online-Medien zu kritisieren. Die flächendeckende Überwachung von E-Mails, SMS und jeglicher Art von elektronischen Briefen durch westliche Geheimdienste ist indes auch nicht von schlechten Eltern. Und was sich gerade in der US-Kleinstadt Ferguson abspielt, würde eher in einer kaukasischen „Republik“ vermutet werden. Innere soziale Unruhen als auch die geopolitischen Entwicklungen in Russland, der Ukraine sowie im Nahen und Mittleren Osten sind nicht nur Gift für die Weltwirtschaft. Sie sind auch Gift für die Freiheit. Die öffentliche Ruhe wiederherzustellen; den Kampf gegen Terrorismus auszufechten – beides erlaubt staatlichen Institutionen so gut wie jede Art der Überwachung und Repression.

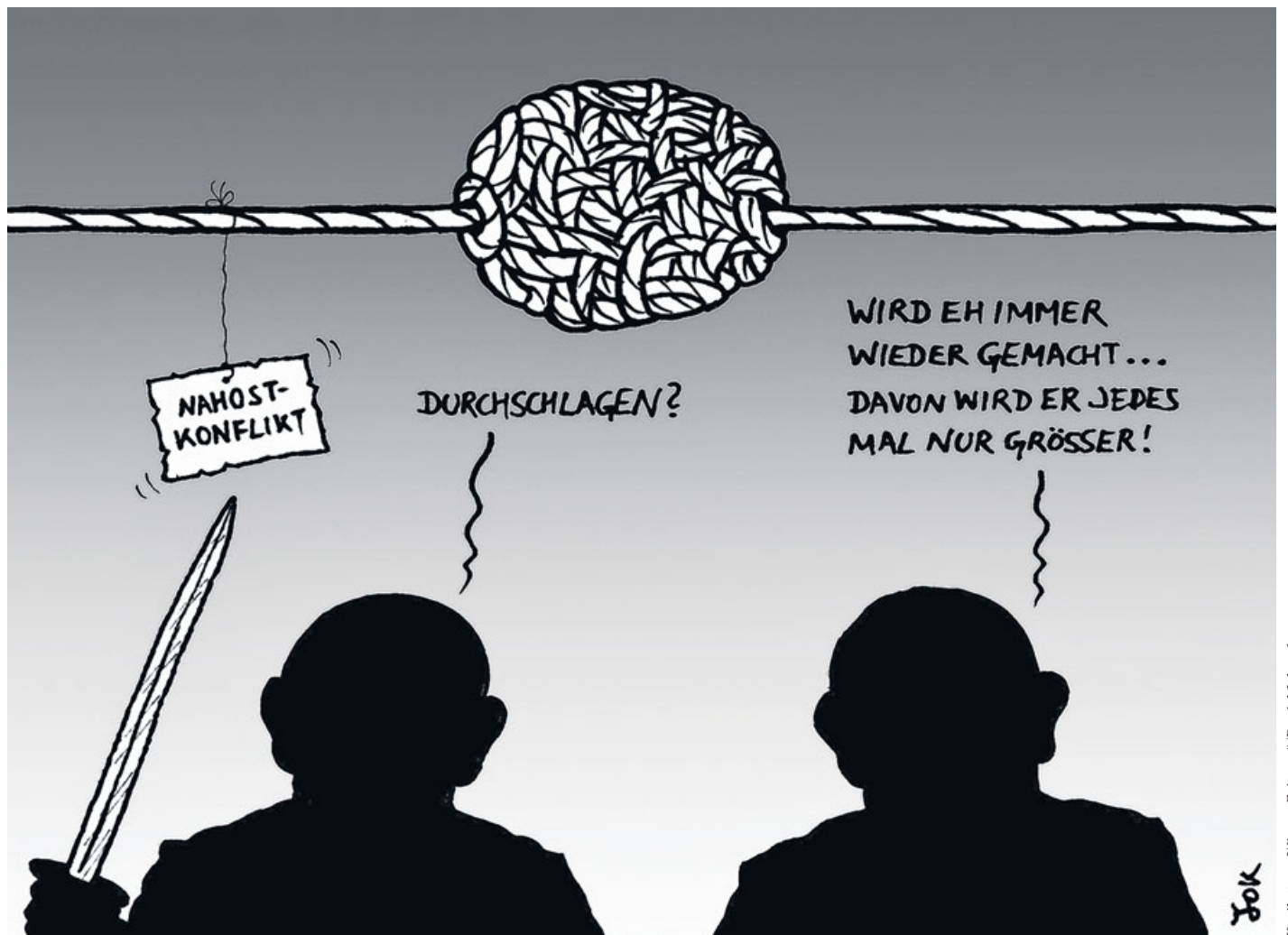
Was als Ausgangssperre irgendwo in Missouri begann, endet als US-weiter Kampf zwischen Arm und Reich beziehungsweise Schwarz und Weiß.

Was als humanitäre (Waffen-)Hilfe gegen skrupellose IS-Milizen begann, endet als Total-Überwachung jeglicher Reise-Tätigkeit auch der harmlosesten Menschen.

Abseits des ungeheuren menschlichen Leids, den diese Konflikte hervorrufen, ist es daher unerlässlich, auf diese bedrohte Freiheit hinzuweisen. 25 Jahre nach dem „paneuropäischen Picknick“ im Burgenland ist es erneut notwendig, darauf hinzuweisen, dass Regime, die Freiheit missachten, ein Ablaufdatum haben. (Fast) 200 Jahre nach dem Wiener Kongress ist es notwendig, darauf hinzuweisen, dass ein Polizeistaat à la Metternich eine Gesellschaft irreparabel zerstört. Wirtschaftliche Probleme, wie sie Europa derzeit hat, lassen sich lösen – etwa mit Geld für Bildung. Aber dazu braucht es auch jene Freiheit, die Innovationen möglich macht. „Anything goes“ funktioniert in totalitären Systemen nicht. Wenn also jetzt gerne von der Krise der Demokratie die Rede ist, weil sie zu langsam sei, sei auf die historischen Beispiele verwiesen. Und auf das kleine Faktum, dass Freiheit die unveräußerliche Grundlage von Demokratie bildet.

leitartikel@wienerzeitung.at

Gordischer Knoten



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Daniel Jokesch

ZITATE ZUM TAG

„Beten und das Gleiche tun wie Benedikt XVI.“

Papst Franziskus über seine Vorgangsweise, falls er sich nicht mehr in der Lage fühlen sollte, die römisch-katholische Kirche zu führen

„Ich betrachte sie als eine Großzügigkeit des Volkes Gottes. Innerlich versuche ich, an meine Sünden zu denken, an meine Fehler, um nicht überheblich zu werden.“

Derselbe über die Gefühle, die seine Beliebtheit in ihm auslöst

„Viele von ihnen sind traumatisiert. Sie mussten ihre Häuser aufgeben, in denen sie über Generationen gelebt haben. Und sie haben keinen Ahnung, wann sie jemals zurückkehren können.“

UNHCR-Sprecher Ned Colt über jesidische Flüchtlinge im Irak

„Ich muss zugeben, dass ich wenig über den Zweiten Weltkrieg weiß. Ich hätte nie gedacht, dass ein solcher Name so viel Kritik auslösen würde.“

Tsao Ya-sin, 24-jährige Besitzerin eines italienischen Lokals in Taipeh, hatte in ihrer Speisekarte „Lang leben die Nazis-Spaghetti“ stehen, die nach Protesten in „Weltmeister-Nudeln“ umbenannt wurden

„Reine Actionfilme langweilen mich. Je älter ich werde, desto mehr Inhalt brauche ich.“

Filmemacher Luc Besson

„Ehrlich gesagt ist Oper nicht so meine Musikrichtung, ich habe aber allergrößten Respekt vor dem, was hier auf der Bühne geboten wird.“

Schlagerstar Hansi Hinterseer bei den Salzburger Festspielen

„Wenn jeder einen Apfel pro Woche mehr isst, dann können wir diesen Marktausfall im Obst- und Gemüsebereich schließen.“

Landwirtschaftsminister André Rupprechter hat nach dem russischen Importverbot für europäische Lebensmittel eine Gegenstrategie parat

„Wir werden euch alle in Blut ertränken.“

Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) droht den USA in einem Video

„Es sollte keinen Zweifel daran geben, dass das Militär der Vereinigten Staaten weiterhin die begrenzten Einsätze ausführen wird, die ich autorisiert habe. Aber wir schicken nicht tausende US-Truppen zurück auf den Boden.“

US-Präsident Barack Obama über das Vorgehen im Irak

GASTKOMMENTAR VON INGRID THURNER

Gottesstaaten überall

Was hat Gott mit den Kriminellen zu tun, die unter Missbrauch der Religion in mehreren Ländern Terror verbreiten?

In jüngster Zeit werden in deutschsprachigen Medien eine Unzahl von Gottesstaaten heraufbeschworen, wenn nicht herbeigebetet. Es besteht allerdings wenig Aussicht, dass Gott demnächst im Irak, in Syrien, in Mali, in Nigeria, in Afghanistan, in Somalia oder sonst irgendwo regiert, denn diese Hoffnung beruht vorläufig nur auf der Tatsache, dass gut organisierte Verbrecherbanden sich beim Morden, Plündern und Brandschatzen auf die Religion berufen. Es gibt keinen Gottesstaat. So sehr sich eine Verfassung auf Gott berufen mag, so sehr ein Herrscher göttliche Abkunft reklamieren oder ein Gottesgnadentum behaupten mag, es sind immer bloß Menschen, die agieren und regieren. Allenfalls ein Theologenstaat wäre denkbar, wie er im Iran mit seinem macht- und einflussreichen Klerus ansatzweise verwirklicht ist.

Davon ist anderswo nichts zu sehen. Die Allianzen, die im Irak geschmiedet werden, sind von der eher unheiligen Art. Es sind temporäre Zweckbündnisse, wenn Kämpfer, die beim Schießen das Wort „Gott“ im Mund führen, gemeinsame Sache machen mit Militärs, die seinerzeit gemeinsam mit Saddam Hussein abgehalft wurden und nun Morgenluft zu schnupfern meinen. Einen solchen Pakt ideologischer Widersprüche vermag nur ein gemeinsamer Feind zeitweise aufrechtzuerhalten.

Aber diese Terrortruppen, die mit schwarzen Fahnen und schweren Waffen Stadt um Stadt erobern, haben nur beschränkt Rückhalt in der Bevölkerung, viele Orte, in denen sie einfielen, wurden panikartig verlassen. Und die Flüchtlingskolonnen, die den Nahen Osten durchziehen, werden länger und länger.



Ingrid Thurner ist Ethnologin, Lehrbeauftragte am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien und Mitglied der Initiative Teilnehmende Medienbeobachtung (univie.ac.at/tmb).

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/gastkommentare

IS, Isis, Schabab, Boko Haram, Al-Kaida im Maghreb, Ansar Din und wie immer sie sich nennen mögen, finden bei den allermeisten Angehörigen des Islam keinen Anklang, überall auf der Welt wenden sich Klerus und Gläubige mit Abscheu von ihnen ab und wollen mit den selbsternannten Kalifatserrichtern, Kindesentführern und Geiselnehmern nichts zu tun haben.

Nachdem aber diese Kriminellen als „Gotteskrieger“ durch die Medien geistern, werden zugleich all die vielen frommen Muslime und Musliminnen diskriminiert, die sich in ausschließlich friedlicher Weise auf den Islam berufen, wie es ihnen die heiligen Schriften befehlen. Ägypten, Saudi-Arabien und einige der Golfstaaten fürchten freilich die Muslimbrüder mehr als Terroristen. Denn der gewaltlose politische

Islam, den die Muslimbrüder vertreten, hat eine breite Basis in den Mittelschichten, aber die überall Angst und Schrecken verbreitenden Terroristen werden von den Bevölkerungen vielerorts als fremde Eindringlinge gehasst. Und dass einige der ölreichen Länder am Golf so manchen Terror auf verschlungenen Wegen munitio-nieren, lenkt wunderbar ab von allen möglichen Missständen, von schwach oder gar nicht legitimierten Machtpositionen und von autokratischen Herrschaftsstrukturen. Europa und die USA sind wie immer mitten drin im Geschehen, verbündet und befreundet mit den Geschäftspartnern Saudi-Arabien und den Golfstaaten. Zu moralischer Entrüstung in politischen Sonntagsreden besteht kein Anlass, und mit Gott haben all diese Machenschaften gar nichts zu tun.